

.ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Bente Stachowske

AKW-Betreiber gehen in die Offensive

Klagen, Erpressungen, schmutzige Deals: Stromkonzerne kämpfen um ihre Meiler

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ende September in Mainz kam die Kampfansage. Bei einem Symposium des „Fachverbandes Strahlenschutz“ erklärte der Eon-Vertreter sinngemäß, der Konzern habe nach Fukushima erst mal abgewartet und sei nicht gleich gegen die politischen Entscheidungen angegangen. Dann ergänzte er: „Ab jetzt werden wir uns wehren“.

Eine beispiellose Klagewelle der AKW-Betreiber rollt derzeit auf die Gerichte zu: gegen die Brennelementesteuer, gegen das dreimonatige Moratorium und gegen das endgültige Abschalten von acht Reaktoren im Sommer 2011. Außerdem gegen die Beteiligung der Konzerne an den bisherigen Kosten der Bergwerke in Gorleben und Schacht Konrad, gegen das Verbot weiterer Castor-Transporte nach Gorleben und gegen das Endlagersuchgesetz, denn,

so schreibt der Spiegel: „Aus ihrer Sicht besteht keine Notwendigkeit, eine Alternative zu dem erforschten Endlager für nukleare Brennstäbe in Gorleben zu suchen.“

Die Klagen bezwecken dreierlei: Die Stromkonzerne versuchen, missliebige Entscheidungen zu kippen. Sie wollen möglichst viel Schadenersatz rausholen. Und sie nutzen die Klagen als Druckmittel, um die Bundesregierung von der Idee einer Atom-„Bad Bank“ zu überzeugen. Ihr vergiftetes Angebot: Übernimmt der Staat die finanziellen Risiken beim Abbau der AKW, dann werden die Klagen zurückgezogen.

Beim Symposium in Mainz wagten Redner die Prognose, dass auch nach 2022 in Deutschland Atomkraftwerke am Netz sein werden. Dazu passt, dass Horst Seehofer in Bayern derzeit alles bekämpft, was irgendwie die Energiewende voranbringen könnte. Zur Erinnerung: In Bayern

laufen noch immer vier Reaktorblöcke und produzieren etwa 50 Prozent des Stroms. Die Augsburger Allgemeine kommentiert: „Atomkraftgegner fragen sich schon, wann sie wieder ‚Atomkraft? – Nein danke!‘-Aufkleber drucken müssen.“ Wir haben noch jede Menge ... Das .ausgestrahlt-Team

„Ungefiltert direkt in die Umwelt“
Tom Clements über die Sicherheitsrisiken der US-Atomanlage, in der die Bundesregierung Atommüll loswerden will
Seite 5

Freigemessen und abgekippt
Der Streit um den AKW-Schutt
Seiten 6–7 und 14

„Geld ist nicht alles“
Von den langen Folgen einer Menschenkette und Kickern auf nassen Platz
Seite 15

„Atommüll ohne Ende“

Bundesweite Info-Tour mit Jochen Stay

Im letzten Rundbrief starteten wir einen Aufruf und viele von Euch haben sich gemeldet. Daher findet bereits seit September in verschiedenen Städten unsere Informationsveranstaltung zum Thema Atommüll statt. Worum geht's genau? Der Atomausstieg ist hierzulande zwar formal beschlossen – doch es wird weiterhin Tag für Tag radioaktiver Abfall produziert, dessen Verbleib völlig ungeklärt ist. In Berlin tagt die Atommüll-Kommission und tut so, als sei das Problem in guten Händen. Doch wie erfolgreich kann die Kommission sein? Was bedeutet das neue Endlagersuchgesetz? Und welche Möglichkeiten gibt es, in Sachen Atommüll zu einem gesellschaftlichen Konsens zu kommen? In den Sitzungen der Kommission hat Jochen Stay die Rolle des „ständigen Beobachters“ eingenommen. Von den Zuschauerplätzen aus kommentiert er die Runde jeweils live auf Twitter und bloggt zum Thema. Auf der Tour spricht er über seine Erfahrungen und Einschätzungen und macht Mut, sich in die Atommüll-Debatte aktiv einzumischen.

Alle Fakten auf einen Blick

Kompaktinformation zum Atommüll-Konflikt

Argumentationshilfe gesucht? Da gibt's doch was: anschaulich und übersichtlich mit vielen Info-Grafiken haben wir in unserem Faltblatt die wichtigsten Details zur Atommüll-Debatte zusammengefasst. Gleichzeitig beantworten wir in Kurzform die Frage, warum auch die Atommüll-Kommission den Konflikt nicht lösen wird. Weitere wichtige Infos: Was steht im Endlagersuchgesetz? Wem vertraut die Bevölkerung in der Atommüll-Frage? Welche Rolle spielt Gorleben? Und wer sitzt eigentlich in der Atommüll-Kommission? Bestellen kannst Du das Faltblatt für je 1 Euro in unserem Online-Shop und auf Seite 11 in diesem Rundbrief.

Brokdorf - Tschernobyl

Fotoausstellung „Was wäre, wenn ...“

Seit Oktober 2012 ist unsere Fotoausstellung „Was wäre, wenn ...“ in Deutschland auf Tour. In 70 berührenden Fotografien aus Brokdorf, Norddeutschland und Tschernobyl zeigt sie eindrücklich, welche Auswirkungen ein schwerer Atomunfall auf die Region und sogar ganz Europa haben könnte. Die zentrale Botschaft: Das AKW Brokdorf stellt ein fast vergessenes Gefährdungspotential dar. Bei einer Havarie mit Nuklidfreisetzung werden ungeahnt große Flächen kontaminiert und dauerhaft unbewohnbar sein. Es zeigt auch: Ein Brokdorf-GAU ist keine lokale Angelegenheit – und der Super-GAU in Tschernobyl schon fast vergessene Realität.

Derzeit ist die Ausstellung noch zu sehen in:

Güstrow: 16. September bis 6. November 2014

Öffnungszeiten: Mo-Do: 7 bis 18 Uhr, Fr: 7 Uhr bis 16 Uhr
Adresse: VHS, John-Brinckman-Straße 4, 18273 Güstrow

Die nächsten Termine:

- Mo, 27. Oktober: Berlin
- Di, 11. November: Celle
- Di, 25. November: Passau
- Mi, 26. November: München
- Do, 27. November: Donauwörth
- Mo, 01. Dezember: Aachen
- Fr, 23. Januar: Ludwigsburg



Aktuelle Details zu diesen und ggfs. noch hinzu kommenden Info-Tour-Termen findest Du auf www.ausgestrahlt.de/infotour

Du willst auch eine Veranstaltung

bei Dir vor Ort organisieren?

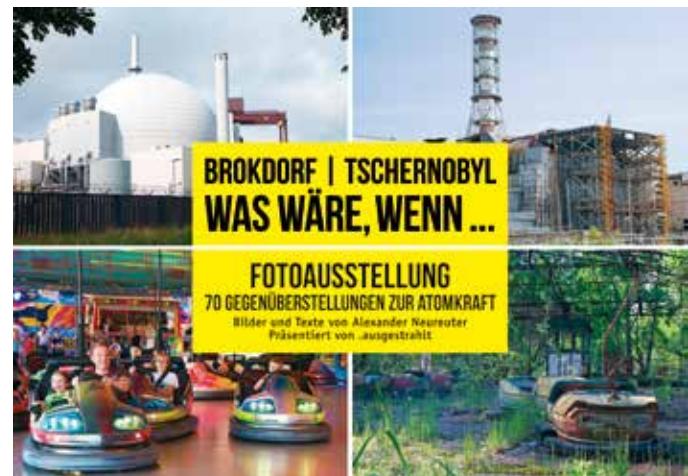
Melde Dich bei Carolin Franta im .ausgestrahlt-Büro:
carolin.franta@ausgestrahlt.de Telefon: 040-2531 8705

Unterschriftenaktion

Keine Castor-Transporte in die USA!

Der Protest geht weiter! Hast Du schon unterschrieben? Ob per Postkarte (lag dem letzten Rundbrief bei oder kann im .ausgestrahlt-Shop nachbestellt werden) oder online auf www.ausgestrahlt.de – jede Rückmeldung zählt! Du willst selbst Unterschriften sammeln? Dann bestell Dir Unterschriftenlisten! Auch hast Du die Möglichkeit, über unsere Website Aktionsmaterialien zum Thema zu bestellen: Online-Banner, Flyer und Spuckis. Außerdem gibt es eine Frage-Antwort-Liste mit den wichtigsten Hintergrundinformationen, in gedruckter Form im Shop oder ebenfalls online unter www.ausgestrahlt.de/export-usa

Du möchtest, dass die Fotoausstellung „Was wäre, wenn ...“ auch in Deinem Ort gezeigt wird? AusstellungsmacherIn sein, ist gar nicht schwer. Wir unterstützen Dich mit allen Informationen, bieten Tipps und Materialien. Mehr hierzu auf www.ausgestrahlt.de/foto-ausstellung



Ich habe einen Traum ...

... dass sich viele Menschen die Verantwortung für .ausgestrahlt teilen

Ich gehöre zur sogenannten „Kerngruppe“ von .ausgestrahlt. Das ist so etwas wie der ehrenamtliche Vorstand ... oder, wie ein Arbeitskollege neulich bei der Vorstellung meiner Person in einem Seminar sagte: Ich sei eine verrückte Vollzeitberufstätige, alleinerziehende Mutter, die in ihrer Freizeit auch noch als Arbeitgeberin für die Angestellten von .ausgestrahlt verantwortlich sei ...

Nun trage ich diese Verantwortung natürlich nicht allein, sondern mit einigen wundervollen Menschen gemeinsam, die genauso „wahnsinnig“ sind wie ich und in einer Situation, wo sich große Organisationen eher vom Atomthema abwenden, einen großen Teil ihrer Freizeit in diese kleine monothematische Anti-Atom-Organisation investieren. Wir sind also quasi ein wenig aus der Zeit gefallen und ich vielleicht ganz besonders, denn ich bin erst nach dem Fukushima-„Hype“ zu .ausgestrahlt gekommen – in dem Wissen, dass es jetzt verdammt schwer werden würde, weil Atomthemen gerade nicht angesagt sind.

Ich denke schlicht nicht in der Kategorie, ob das Thema gerade „in Mode“ ist oder nicht, sondern ob es sinnvoll und notwendig ist: Und ja! Ich meine, dass gerade jetzt nach dem faulen Atomkompromiss die Sicherheit der noch laufenden AKW besonders stark gefährdet ist, weil natürlich kein Konzern gern Geld in ein Auslaufprodukt steckt.

Außerdem gehöre ich zu den Leuten, die meinen, Papier ist geduldig und ein AKW ist erst vom Netz, wenn der Stilllegungsantrag gestellt wurde. Es ist doch einfach verdächtig, dass der Betreiber des AKW Krümmel rund um die Uhr die Turbine weiter drehen lässt, damit die sich nicht deformiert und das Kraftwerk so betriebsbereit hält.

Da kann insgesamt noch viel passieren, wie wir in diesem Jahr auch in Grafenrheinfeld gesehen haben, als in Bayern plötzlich die Diskussion um eine Laufzeitverlängerung los ging. Andereits erfüllt es mich mit Freude, dass wir von .ausgestrahlt es in enger Zusammenarbeit mit tollen Initiativen vor Ort geschafft haben, diese Verlängerung nicht nur zu verhindern, sondern im Gegenteil die Laufzeit des AKW am Ende zu verkürzen! Das sind die Momente, in denen ich weiß, warum ich so wenig Zeit meines Lebens auf dem Sofa verbringe!

Wir haben großartige Angestellte bei .ausgestrahlt. Jede/r Einzelne ist für das Ganze unendlich wertvoll. Ein tolles Team. Was mir persönlich jedoch manchmal Sorgen bereitet, ist die Tatsache, dass wir immer wieder darum kämpfen müssen, diese tollen Menschen perspektivisch finanzieren zu können. Derzeit gibt es eine Lücke zwischen regelmäßigen Spendeneinnahmen und Ausgaben. Ich fände es sowas von beruhigend zu wissen: Ja, die



Foto: Julia Baier

Gehälter sind durch stetige Spenden von Förderinnen und Förderern gedeckt.

Und vielleicht bin ich eine Träumerin, wenn ich glaube, dass es möglich ist, dass jede/r vierte LeserIn dieses Rundbriefs sich entscheidet, uns dauerhaft fünf Euro im Monat zu spenden, um uns allen bei .ausgestrahlt, dem ehrenamtlichen Vorstand ebenso wie den Angestellten, die Sicherheit zu geben: Die Gehälter und damit die Arbeit von .ausgestrahlt sind langfristig finanziert.

Ich möchte Dich also bitten, die Verantwortung für das Projekt .ausgestrahlt mit mir und uns gemeinsam zu tragen, indem Du konkret die Verantwortung für fünf Euro im Monat übernimmst: Entweder, indem Du selbst Förderer oder Förderin wirst oder eine Person findest, die dies tut oder vielleicht sogar beides oder mehr.

Wenn Du dabei bist, dann schick einfach die Karte aus dem beiliegenden Faltblatt an .ausgestrahlt oder melde Dich online unter www.ausgestrahlt.de/ja und sag „ja!“ zu meinem Traum ... Silke Freitag



An der Kommission vorbei

Alle wesentlichen Fragen in Sachen Atommüll werden woanders entschieden. Derweil simuliert die Kommission eine Debatte und verschleiert den eigentlichen Konflikt

ausgestrahlt hat sich, wie die meisten mit dem Thema befassten Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen, dagegen entschieden, an der vom Bundestag eingesetzten Atommüll-Kommission teilzunehmen. Allerdings haben wir uns dafür entschieden, der Kommission sehr genau auf die Finger zu sehen und öffentlich bekannt zu machen, was da läuft (Seiten 2 und 9).

Die Kommission wurde vor mehr als einem halben Jahr eingesetzt. Vier ein-tägige Sitzungen hat es bisher gegeben. Zwei Arbeitsgruppen haben sich bereits getroffen. In die inhaltliche Arbeit ist die Runde allerdings noch nicht eingestiegen.

Langsam aber sicher schält sich heraus, welche Funktion die Kommission eigentlich hat und welche auf keinen Fall: Das Gremium ist mit Sicherheit nicht der Ort, in dem Verständigungen im gesellschaftlichen Konflikt über den Atommüll angestrebt werden. Ein Beispiel ist das Verhalten der Stromkonzerne:

RWE und Eon sind in der Runde mit drei Personen vertreten. Neben den beiden „Wirtschaftsvertretern“ Gerd Jäger (RWE) und Bernhard Fischer (Eon) ist auch der auf dem Gewerkschaftsticket in der Kommission sitzende Erhard Ott ein Eon-Mann: Er ist dort stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Und offensichtlich wollen die AKW-Betreiber ihre Konflikte mit Regierung und Parlament um das Endlagersuchgesetz gar nicht in der Kommission klären, sondern vor Gericht. Der Spiegel schrieb Mitte Oktober: „Unterdessen bereiten die großen Energieversorger Eon und RWE weitere juristische Schritte gegen das umstrittene Endlagersuchgesetz vor. Aus ihrer Sicht besteht keine Notwendigkeit, eine Alternative zu dem erforschten Endlager für nukleare Brennstäbe in Gorleben zu suchen.“

Was machen die dann in einer Kommission, die angeblich genau die Aufgabe hat, über Alternativen zu Gorleben nachzudenken? Darauf gibt es zwei mögliche Antworten: Entweder ist die Kommission gar nicht dazu da, eine vergleichende Suche in die Wege zu leiten. Oder falls sie



Foto: Jakob Huber

es doch ist, dann sind die Vertreter der Stromkonzerne die falschen Leute, um das umzusetzen.

In der Kommission setzen sie sich derweil für ein Leitbild ein, in dem festgeschrieben wird, das Atommüll-Problem solle noch in dieser Generation gelöst werden. Was sie nicht dazu sagen: Diese zeitliche Vorgabe lässt sich nur dann erfüllen, wenn der Standort am Ende Gorleben heißt. Denn nur dort gibt es bereits ein fertig ausgebautes Bergwerk. An allen anderen Orten würde es deutlich länger dauern.

Auch andere wesentliche Fragen in Sachen Atommüll gehen an der Kommission vorbei:

- Die Überarbeitung der im Endlagersuchgesetz vorgesehenen Behördenstruktur liegt nicht federführend bei der Kommission, sondern beim Bundesumweltministerium.
- Die strittigen Fragen über die Sicherung der Rückstellungen zur Finanzierung des Abbaus der AKW und der Lagerung des Atommülls – bis hin zur „Bad Bank“-Idee der Stromkonzerne – werden nicht in der Kommission verhandelt, sondern hinter verschlossenen Türen im Kanzleramt und Wirtschaftsministerium.
- Die Entscheidung über den Verbleib der 152 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Müll aus dem AKW in Jülich wird irgendwo zwischen Bundesforschungsministerium und NRW-Wirtschaftsministeri-

um gefällt. In der Kommission war zwar die zuständige Ministerin Johanna Wanka (CDU) zu Gast. Aber nur, um zu berichten, dass der Export nach South Carolina legal wäre und die Entscheidung die zuständigen Gremien treffen würden. Es gab dazu einige kritische Stimmen aus der Runde, dann verabschiedete sich die Ministerin und der nächste Tagesordnungspunkt wurde aufgerufen.

• Um die Frage, wo die 26 Castoren gelagert werden sollen, die noch aus Frankreich und Großbritannien kommen, kümmert sich derzeit mit einer Ausnahme niemand – nicht einmal die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“. Die Ausnahme: Eon, RWE und Co. haben auch hier Klage eingereicht und wollen vor Gericht erstreiten, weitere Castor-Transporte nach Gorleben zu bringen.

Wenn all das nicht in der Kommission passiert, wozu ist sie dann da? Sie simuliert eine gesellschaftliche Debatte, ohne die Gesellschaft zu beteiligen und ohne etwas zu entscheiden. Der Konflikt um den Atommüll wird so nicht überwunden, sondern die Gesellschaft kurzfristig eingelullt.

BUND und Deutsche Umweltstiftung sind übrigens immer noch nicht aus der Kommission ausgetreten. Bei der Stiftung könnte das auch daran liegen, dass zwei von fünf Vorstandsmitgliedern das Endlagersuchgesetz als Bundestagsabgeordnete mit abgesegnet haben. *Jochen Stay*

„Ungefiltert direkt in die Umwelt“

Tom Clements, Direktor der Bürgerinitiative „Savannah River Site Watch“, über den geplanten Atommüllexport in die USA und die Anlage, die den Müll empfangen soll

Herr Clements, was halten Sie davon, Atommüll aus den AKW Jülich und Hamm-Uentrop zur Savannah River Site (SRS) in den USA zu schaffen?

TOM CLEMENTS: Eine furchtbare Idee. Wir sind keine Atommülldeponie!

■ Wer kam denn auf die Idee?

Ich weiß es nicht. Aber einige Leute, Regierungsangehörige wie private Auftragnehmer, wollen, dass der Müll kommt – und vor allem das Geld, das Deutschland zahlen würde. Für viele, die davon profitieren, ist Atommüllverarbeitung die Zukunft der SRS. Die Öffentlichkeit ist dagegen.

■ Was ist die SRS eigentlich?

Eine Atomanlage des US-Energieministeriums, gebaut in den 1950er-Jahren mit dem einzigen Zweck, Plutonium und Tritium für die US-Atomwaffen zu erzeugen. Dabei fiel eine große Menge hochradioaktiven Atommülls an, der in Tanks und zum Teil in verfestigter Form hier lagert. Wir brauchen nicht noch mehr davon.

■ Was würde mit dem Müll aus Deutschland in SRS passieren?

Zunächst würden sie ihn für eine Weile lagern – vermutlich in einem alten Gebäude, das nie als Lager für abgebrannte Brennelemente gedacht war. Dann wollen sie in einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) das Uran aus den Graftkugeln extrahieren. Dabei wird hochradioaktiver Abfall anfallen, den sie in besagte Tanks pumpen werden. Vielleicht landet auch das Uran selbst darin, wenn sie es nicht als atomaren Brennstoff nutzen oder gesondert als Atommüll deklarieren.

■ Die Brennelemente, hieß es mal, sollten unter anderem wegen der angeblichen Proliferationsgefahr in die USA geschafft werden.

Das ist etwas Erfundenes, einfach um zu rechtfertigen, dass Deutschland seinen Müll in die USA abschiebt. Denn ein großer Teil der Kugeln enthält ja gar kein hoch angereichertes Uran. Bis Ende 2011

war von diesem angeblichen Risiko auch nie die Rede. Für mich ist die größte Proliferationsgefahr auch nicht das Uran, das in den abgebrannten Brennstoffkugeln steckt, sondern die Entwicklung einer neuen Wiederaufarbeitungstechnik. Das ist das größte Risiko.

■ Was ist über die WAA H-Canyon bekannt?

Die Anlage ist 60 Jahre alt. Radioaktive Edelgase, die bei der Wiederaufarbeitung entstehen, gehen direkt in die Umwelt. Es gibt jede Menge Szenarien, die zur Freisetzung großer Mengen radioaktiver Stoffe führen können. Die Anlage ist nicht nur durch externe Einflüsse wie Erdbeben gefährdet, sondern hat auch betriebliche Probleme. Den Sicherheitstest vor zwei Jahren hat sie nicht bestanden. Und Tanks für die hochradioaktive „Atomsuppe“ haben Risse und Lecks. Es ist schlicht unwahr, zu behaupten, das Material könne hier sicher verarbeitet und gelagert werden.

■ Um die „Atomsuppe“ überhaupt handeln zu können, muss sie in Glas eingeschmolzen werden. Gibt es eine Anlage dafür?

Immerhin, ja. Mehr als 3.500 große Container flüssigen Atommülls hat sie bereits verglast, etwa 5.000 müssen noch folgen. Aber allein die Rückstände aus der Wiederaufarbeitung des deutschen Mülls würden 100 bis 200 zusätzliche Glaskokillen füllen. Die Kapazität der Verglasungsanlage liegt bei ganzen 100 Kokillen im Jahr. Das Leerpumpen der Tanks würde sich also um einige Jahre verzögern. Diese Zeit haben wir nicht – der Zustand der Behälter wird immer schlechter.

Tom Clements, 63, ist Direktor der Bürgerinitiative „Savannah River Site Watch“ im US-Bundesstaat

South Carolina, die das Treiben auf dem militärisch-atomaren Komplex Savannah River Site kritisch begleitet. Ende September war er auf Einladung von „ausgestrahlt“ und anderen Anti-Atom-Initiativen zu einer Infotour in Deutschland



■ Was soll mit dem in der WAA gewonnenen Uran passieren?

Eine Überlegung ist, es zu AKW-Brennstoff zu verarbeiten, eine andere, es zu Atommüll zu erklären und irgendwo zu deponieren. In jedem Fall wird der Müll aus Deutschland die Umwelt in den USA belasten.

■ H-Canyon ist eine militärische Anlage. Was bedeutet das konkret?

Die WAA und die gesamte SRS unterstehen bis heute weder der Kontrolle der IAEA noch der US-Atomaufsicht. Von Material, das da hinein geht, werden wir nie wirklich erfahren, was damit passiert. Das US-Energieministerium sagt natürlich, es würde nicht für Atomwaffen benutzt. Aber ich traue ihnen da nicht.

■ Wer kontrolliert die radioaktiven Emissionen der Atomanlagen in SRS?

SRS kontrolliert sich selbst. Sie müssen Vorgaben des Ministeriums erfüllen, aber es gibt keine externe Kontrolle. Umso verwunderlicher finde ich, dass die deutsche Regierung überhaupt in Erwägung zieht, Atommüll dorthin zu schicken.

■ Egal, was man damit macht: Das gesamte strahlende Material bleibt Atommüll, der irgendwo deponiert werden muss. Wo?

Das weiß niemand. Es gibt kein geologisches Tiefenlager für Atommüll in den USA und keinen Plan, wie man eines finden will. Wenn das Zeugs einmal in SRS ist, wird es einfach hier liegen bleiben. Dieses Projekt verschiebt das Atommüllproblem einfach von einem zu einem anderen Staat und macht es sogar noch größer.

■ Was tun?

Die Rolle der Öffentlichkeit und von Organisationen wie „ausgestrahlt“ ist essenziell. Wir müssen Druck auf beide Regierungen machen, diesen „Entsorgungs“-Vorschlag abzulehnen.

Interview und Übersetzung: Armin Simon

AKW-Schutt auf Hausmülldeponien

Kosten reduzieren beim Reaktor-Abriss: Wie per „Freimessung“ aus Atommüll einfach Hausmüll wird und warum trotzdem kaum noch eine Deponie dafür zu finden ist

Abgeschaltet und im Rückbau begriffen
– nach dem Abriss eines AKW bleiben
tausende Tonnen radioaktives Material
zurück. Der größte Teil davon wird nicht
als Atommüll behandelt und gelagert,
sondern per so genannter Freimessung
umdeklariert und kann dann kostengünstig
auf Hausmülldeponien verscharrt
werden. Doch der Protest dagegen
wächst und es finden sich immer weniger
Gemeinden, die den Strahlenschutt
bei sich haben wollen.

Wenig beachtet von der Öffentlichkeit wurde 2001 unter Rot-Grün eine Neufassung der Strahlenschutzverordnung (StrSchV) verabschiedet. Seitdem sind die Grenzwerte stark herabgesetzt und die vor Ort zuständige Behörde erteilt eine „Freigabe“ des Abrissmaterials aus AKW, wenn nach Messungen davon ausgegangen werden könnte, dass „für Einzelpersonen der Bevölkerung nur eine effektive Dosis im Bereich von 10 Mikrosievert im Kalenderjahr auftreten kann“ (§29, StrSchV). Der so

Anzeigen



**energy transition?
...energy turnaround?**

Foto: Carthago City, Aulendorf, 1.1 MW

*the world speaks of the german
“energiewende”!*

2014: Kohle und Atomausstieg voranbringen! Wir realisieren Solarprojekte. Interessiert an einer Beteiligung?

→

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772
www.underschwaben-solar.de
info@underschwaben-solar.de

„freigemessene“ Atommüll ist dann eben per Definition keiner mehr, obwohl er noch strahlt. Und darf wie ganz normaler Bau- schutt und Schrott gelagert, verbrannt oder sogar recycelt werden.

Echte Radionuklid-Konzentrationen werden nur geschätzt

Als die Verordnungs-Novelle festgezurrt wurde, kritisierten zahlreiche WissenschaftlerInnen zum einen das vorgesehene fehleranfällige und komplizierte Messverfahren – gemessen wird lediglich die Gammastrahlung, andere radioaktive Stoffe werden daraus rein rechnerisch abgeleitet – zum anderen die viel zu hoch angesetzten Grenzwerte. Auch sind die definierten 10 Mikrosievert nur ein „kann“-Wert und, weil aufs „Kalenderjahr“ gerechnet, auch nirgendwo überprüfbar. Doch selbst wenn: de facto sind mit ihr die zulässigen Aktivitätskonzentrationen für die genehmigungsfreie Freisetzung von Strahlenmüll in die Umwelt 100- bis mehr als 100.000-fach höher als diejenigen für kontrollierte Ableitungen aus Strahlenschutzbereichen. Etliche WissenschaftlerInnen erwarten in der Rückbauphase der AKW Kollektivbelastungen, die zu mehr als 1.000 Toten in Deutschland führen können. Dass es hier schlachtweg um Kosteneinsparungen geht, wird sogar offen zugegeben. So schreibt das Bundesumweltministerium 2001: „In die Abwägung zur Festlegung entsprechender Vorsorgewerte (...) müssen auch wirtschaftliche Erwägungen, z.B. die Kosten einer Endlagerentsorgung, einbezogen werden.“

Einlagerungsstopp nach Protesten

Stade und Obrigheim sind zwei im Rückbau befindliche AKW, deren Schutt dank Freimessung bereits auf Deponien liegt. Von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt landeten zwischen 2003 und 2011 rund 102 Tonnen „freigemessener“ Stade-Bauschutt auf der niedersächsischen Deponie Schneverdingen – bis der Landrat nach Protesten einen Einlagerungsstopp verfügte. Jetzt gibt es in ganz Niedersachsen keine Deponie mehr, die den Atomschutt annimmt. Also weicht Betreiber Eon auf Sachsen aus. In Grumbach bei Dresden wurde im Sommer bekannt, dass bis zu 2.000 Tonnen Material aus Stade in die ortsnahen Deponie kommen sollten. Die dortige Bevölkerung ist empört – rund 1.500 Menschen gingen am 13. September gemeinsam auf die Straße. Der Betreiber hat inzwischen entschieden, nur insgesamt 700 Tonnen anzunehmen (mehr dazu Seite 14).

Sachsen ist als Atom-Müllkippe beliebt: Seit letztem Jahr wurden auf der Zentraldeponie in Cröbern bei Leipzig über 1.200 Tonnen Bauschutt vom AKW Würgassen abgelagert. Weitere Transporte werden erwartet. „Das ist kein radioaktiver Müll, was geliefert wird“, verkündet der Sprecher des Umweltministeriums in Dresden die offizielle Lesart. So richtig begeistert ist man in des nicht, denn aus demselben Ministerium heißt es zugleich, dass der Abfall aus dem Rückbau von AKW künftig in den „Herkunftsländern“ gelagert werden solle.



DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de



Anti-Atomschutt-Demo in Grumbach – inzwischen formiert sich auch an anderen Deponie-Standorten Widerstand gegen die Praxis des "Freimessens"

Foto: Jens Heinze

Freimessung „light“ in Obrigheim – BürgerInnen wehren sich

Auch in Obrigheim regt sich Widerstand. Betreiber EnBW plant, von der Gesamtmasse des stillgelegten AKW (275.000 Tonnen) weniger als ein Prozent langfristig als Atommüll zu lagern. Sogar bei dem Reaktordruckbehälter mit Umfeld, also den am stärksten radioaktiv belasteten Bereich, geht man davon aus, dass von 4.000 nur etwa 600 Tonnen als Atommüll deklariert werden müssen. Vielleicht auch deshalb, weil die bisherigen Freimessungen leicht zu haben waren. Das zuständige Stuttgarter Umweltministerium erteilte bei den Messungen zahlreiche Sondergenehmigungen: Vorgeschriften sind eigentlich zehn Messungen pro Quadratmeter, beim Obrigheimer Abriss wurde jedoch auf fünf und teilweise 20 Quadratmetern jeweils nur einmal gemessen. In

Buchen, wo ein Teil des Mülls bereits auf der Deponie gelandet ist, sammelte die Bürgerinitiative „bigmuug“ über 2.000 Unterschriften gegen den Obrigheimer Atomschutt. Mittlerweile hat der dortige Gemeinderat eine weitere Lagerung abgelehnt und sich für eine „landesweite“ Lastenverteilung ausgesprochen.

Kollektivdosis für 80 Millionen Menschen

Geschätzte vier Millionen Tonnen AKW-Überreste fallen in den nächsten Jahrzehnten an, rund 80 Prozent sind nicht mit Radioaktivität in Berührung gekommen und fallen automatisch nicht unter das Atomrecht. Wenn wie geplant ein bis maximal fünf Prozent Material langfristig als Atommüll gelagert werden, bleiben jedoch bis zu knapp 780.000 Tonnen strahlender Bauschutt, der nach

Freimessung bundesweit auf Deponien und in Verbrennungsanlagen verteilt wird – eine zusätzliche Kollektivdosis Radioaktivität für 80 Millionen Bundesbürger. In Niedersachsen kündigt Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) an, er wolle das Problem beim nächsten Treffen mit seinen KollegInnen aus Bund und Ländern ansprechen, denn aufgrund der absehbaren „Engpässe“ bei Deponiestandorten müsse sich jetzt die Bundesregierung des Themas annehmen.

Vielleicht sollte sie auch einen Blick nach Frankreich werfen. Dort landet AKW-Bauschutt in speziellen, oberflächennahen Strahlenschutzdeponien. Selbst diese Lagerung birgt Risiken. Doch immerhin erlaubt man sich dort nicht, strahlendes Material unkenntlich zu machen und der Bevölkerung großzügig vor Dörfer und Städte zu kippen. *Julia Schumacher*

Den Atommüll-Dealern auf die Finger sc

.ausgestrahlt-Kampagnen, -Aktionen und kleine Erfolge der letzten Wochen

••JULI/AUGUST/SEPTEMBER••

Riesen-Mosaik gegen geplante Atommüll-Export

Mehr als 5.000 Protestpostkarten bilden das Riesen-Mosaik, das .ausgestrahlt am 21. September bei einer Demonstration vor den Toren des (Kern-)Forschungszentrums Jülich (FZJ) aufbaut. Regierung und Forschungszentrum wollen rund eine Million abgebrannte Brennelemente aus den stillgelegten AKW in Jülich und Hamm-Uentrop in die USA verfrachten, wo sie in einer atomaren Drecksschleuder, genannt „Wiederaufarbeitungsanlage“, landen sollen. .ausgestrahlt macht diese Pläne breit publik. Tausende Protestkarten-UnterzeichnerInnen fordern: „Stoppt den Atommüll-Export!“ – denn der Export von Atommüll löst kein Atommüll-Problem, sondern vergrößert dieses nur.



Das (Kern-)forschungszentrum Jülich will Atommüll in die USA verschiffen – .ausgestrahlt sammelt Tausende Unterschriften dagegen
Fotos [M]: Helge Bauer

Tags darauf, am 22. September, führt das Mosaik-Banner dann in Berlin die vom Bundestag eingesetzte Atommüllkommission vor. Offiziell soll diese einen Vorschlag erarbeiten, was mit dem ganzen hochradioaktiven Atommüll aus den AKW hierzulande passieren soll – also fraglos auch mit dem Müll aus Jülich und Hamm-Uentrop. Tatsächlich, das wird am Beispiel Jülich deutlich, schert sich die Regierung darum keinen Deut. Und die Kommission selbst? Gerade mal eine Handvoll Fragen zum Thema bekommt Forschungsministerin Johanna Wanka (SPD), die just an diesem Tag dort zu

Gast ist, von einigen wenigen Mitgliedern zu hören; die Kommission als solche schweigt. Dabei ist Wanka politisch hauptverantwortlich für den Umgang mit den atomaren Altlasten in Jülich: Das FZJ gehört zu 90 Prozent dem Bund, zuständig ist das Forschungsministerium. Nur einmal angenommen, die Regierung würde demnächst beschließen, den Atommüll aus den AKW Biblis und Brokdorf in irgendeinen Salzstock zu kippen – vermutlich würde diese Atommüll-Kommission auch dem nicht widersprechen ...

Info-Tour mit US-Bürgerinitiative „Savannah River Site Watch“

Was es mit dem militärisch-atomaren Komplex in South Carolina auf sich hat, in dem der Strahlmüll aus Deutschland landen soll, und welche Zustände dort herrschen, berichtet Ende September der Direktor der US-Bürgerinitiative „Savannah River Site Watch“, Tom Clements. .ausgestrahlt hat ihn gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen und anderen Organisationen zu einer einwöchigen Info-Tour von Jülich bis Berlin eingeladen und stellt darüber hinaus Hintergrundinformationen und Materialien zum Thema zur Verfügung. Mehrfach ist der geplante Atommüll-Deal Thema in den Medien.



Foto: Helge Bauer

hauen



Druck auf die NRW-Landesregierung

Als Ende September klar ist, dass das Forschungszentrum Jülich weiter an den Export-Plänen festhält, lässt .ausgestrahlt viele Tausend Aktionspostkarten in Nordrhein-Westfalen verteilen. Diese sollen den Druck auf die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf erhöhen – als zweite Gesellschafterin des Forschungszentrums neben dem Bund kann auch sie direkten Einfluss auf die FZJ-Pläne nehmen. Hast Du schon unterschrieben?

www.ausgestrahlt.de/export-usa



Offener Brief an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

Am Einspruch von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) scheitert Mitte September eine den Stromkonzernen unliebsame Initiative des Bundesrats. Der wollte fordern, die milliardenschweren Rückstellungen der AKW-Betreiber so zu sichern, dass das für den Abriss der AKW und die Langzeitlagerung des Atommülls vorgesehene Geld auch tatsächlich zur Verfügung steht, wenn es gebraucht wird. .ausgestrahlt und das Umweltinstitut München kritisieren das Störmanöver Krafts in einem offenen Brief. Einen Monat später stimmt NRW zumindest einer abgeschwächten Version des Antrags zu. Der Vorschlag der Stromkonzerne, sie aus der finanziellen Verantwortung für die zu erwartenden Kostensteigerungen bei der Atommülllagerung zu entlassen, ist damit allerdings noch lange nicht vom Tisch. Bei der gemeinsamen Unterschriftenaktion von .ausgestrahlt und dem Umweltinstitut München zum Thema haben inzwischen bereits mehr als 65.000 Menschen klargestellt: „Wir zahlen nicht für euren Müll!“ Die Kampagne geht weiter.

www.ausgestrahlt.de/badbak



.ausgestrahlt-Protest in Berlin anlässlich des Besuchs der zuständigen Bundesforschungsministerin Johanna Wanka in der 4. Sitzung der Atommüll-Kommission

Foto: Helge Bauer

Live-Berichte aus der Atommüll-Kommission

Wann immer die Atommüll-Kommission zusammenkommt, ist auch .ausgestrahlt dabei: als ständiger, unabhängiger Beobachter auf den Zuschauerplätzen. In Echtzeit kommentieren wir auf Twitter, was die 34 Mitglieder der Kommission besprechen. Im Anschluss folgt auf www.blogs.ausgestrahlt.de ein ausführlicher Bericht. So kommt ans Licht, wie sich die angeblich „nicht stimmberechtigten“ PolitikerInnen über die Geschäftsordnung am Ende doch ein fast allumfassendes Stimmrecht verschaffen. Wie die Kommission zu den Atommüll-Export-Plänen der Regierung schweigt. Was

die AG Öffentlichkeitsbeteiligung der Kommission tatsächlich unter Öffentlichkeitsbeteiligung versteht. Und vieles mehr.

Für Transparenz sorgt auch das „Crowd-Protokoll“ der ersten drei Kommissionssitzungen, das .ausgestrahlt mit Hilfe vieler Freiwilliger anfertigt. Erster Erfolg: Seit der vierten Sitzung übernimmt diese Aufgabe der stenografische Dienst des Bundestags. Jetzt müssten noch die an die Kommissionsmitglieder ausgeteilten Unterlagen öffentlich zugänglich werden ...
www.ausgestrahlt.de/atommuellkommission
www.blogs.ausgestrahlt.de/atommuell

Danke, Stefan!

Nach sechs Jahren verlässt Stefan Diefenbach-Trommer das .ausgestrahlt-Büro – das es ohne ihn gar nicht gegeben hätte

Viele kennen Jochen Stay. Aber wer kennt Stefan Diefenbach-Trommer? Ohne Menschen im Hintergrund, wie Stefan einer ist, kann keine Initiative, keine Organisation funktionieren. Wenn ich als Sprecher so etwas wie Gesicht und Stimme von .ausgestrahlt bin, dann war Stefan bisher Gehirn und Hand, vor allem was die organisatorischen Abläufe angeht – wenig sichtbar nach außen, aber quasi unersetzlich dafür, dass .ausgestrahlt handlungsfähig war und ist.

2008 haben wir angesichts der damaligen Propaganda-Offensive der Atomwirtschaft beschlossen, aus .ausgestrahlt eine Organisation mit hauptberuflich Aktiven zu machen, um Vollzeit für den Atomausstieg streiten zu können. Erster Angestellter war Stefan. Er hatte neben der Mobilisierung zum damals anstehenden Castor-Protest im Wendland zunächst die Aufgabe, die Finanzierung seiner eigenen Stelle zu organisieren.

Die Idee einer bundesweiten Anti-Atom-Organisation zündete, die Anti-AKW-Bewegung erlebte im Streit um die Laufzeitverlängerungen eine beispiellose Renaissance und im .ausgestrahlt-Büro

gab es immer mehr zu tun. Die Zahl der Angestellten wuchs. Stefan sorgte dafür, dass der Laden lief. Damals gab es bei .ausgestrahlt noch nicht die Bezeichnung „Geschäftsführer“, aber Stefan war einer von Anfang an.

Der Gedanke, dass es so etwas wie .ausgestrahlt braucht, war 2008 nicht neu: Aber dass aus der Idee eine starke und handlungsfähige Organisation wurde, dazu hat Stefan Entscheidendes beigetragen. Oder anders ausgedrückt: Viele von uns wollten aufs Meer hinaus, aber dass das Schiff gebaut wurde, lag maßgeblich an Stefan.

Zu Gute kam uns dabei, dass Stefan ein Multitalent ist. Er kann nicht nur gut organisieren, sich in Datenbanken vertiefen, die Finanzen verwalten und Webseiten bauen, sondern er schreibt auch gerne und entwickelt während Aktionen erstaunliche Entertainer-Qualitäten.

Natürlich gab es auch mal Konflikte. Nicht alle MitarbeiterInnen konnten mit der Art und Weise umgehen, wie Stefan seine hohen Ansprüche an die Qualität der Arbeit formulierte.

Sein Meisterstück hat er abgeliefert, als 2011 mit der Fukushima-Katastrophe

Foto: Bente Stachowske



die Zahl der im Büro Arbeitenden von zehn auf 23 sprang, eine Großdemo auf die nächste folgte und .ausgestrahlt von Anfragen, Material-Bestellungen und vieler anderer Arbeit überrollt wurde.

Maßgeblich für unsere Erfolge war Stefans Risikobereitschaft gepaart mit der Fähigkeit, dann auch zuverlässig dafür zu sorgen, dass selbst gewagte Vorhaben gelingen. Mit Stefan lief es oft so: Auf eine Idee hin nannte er zuerst seine Bedenken, sagte dann irgendwann „es hat doch noch immer geklappt“, um dann schließlich alles dafür zu tun, dass es wirklich klappte.

Zu loben, dass einer eher 80 als 40 Stunden pro Woche arbeitet, ist eine zweispältige Sache, stellt sich doch die Frage, ob sowas auf Dauer gesund ist. Aber auf jeden Fall hat .ausgestrahlt immens davon profitiert, dass Stefan im Zweifel immer ansprechbar war, auch mal nachts eine neue Aktion ins Netz stellte oder – wenn es nötig war – ein Wochenende durcharbeitete. So hat er wesentlich dazu beigetragen, dass wir extrem schnell auf politische Ereignisse reagieren konnten.

Sechs Jahre lang ist Stefan zwischen Marburg, wo er mit seiner Familie wohnt, und Hamburg gependelt. Anfang des Jahres erklärte er uns, dass diese Belastung auf die Dauer zu groß für ihn wird. Seitdem hat er daran gearbeitet, den unersetzlichen Stefan doch ersetztbar zu machen, seine Aufgaben auf andere im Büro verteilt und neue MitarbeiterInnen eingearbeitet.

Jetzt muss es ohne ihn gehen. Glücklicherweise sind wir im .ausgestrahlt-Büro ein motiviertes Team, das auch eine Chance darin sieht, ohne Stefan neue Wege auszuprobieren. Ehrenamtlich wird Stefan weiter im .ausgestrahlt-Verein mitarbeiten.

Lieber Stefan, Du warst quasi unsichtbar tief unten im Maschinenraum von .ausgestrahlt unterwegs und hast dafür gesorgt, dass alle Räder ineinandergreifen. Jetzt stehst Du an dieser Stelle mal im Vordergrund, denn dieses große, öffentliche Dankeschön hast Du Dir verdient.

Danke für alles!

Jochen Stay

HEUTE RETTE ICH DIE WELT
MIT EINEM GIROKONTO BEI DER GLS BANK.

GLS Bank
das macht Sinn

SHARE DICH DRUM
www.sharedichdrum.de

.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellen kannst Du mit Hilfe dieser Seite (einfach heraustrennen und nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop
Pro Bestellung fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

■ KEINE „BAD BANK“ FÜR AKW!

Ein dreister Plan: Die Stromkonzerne wollen ihre finanziellen Risiken für den Abriss der AKW und die Atommüll-Lagerung auf die Gesellschaft abwälzen, obwohl sie Milliardengewinne mit dem Atomstrom gemacht haben. Zeig jetzt Deinen Protest: Keine „Bad Bank“ für AKW!



Unterschriftenliste „Wir zahlen nicht für euren Müll!“

A4 – kostenlos K308

Info-Plakat

A2 – kostenlos K311

Flyer

A6, vierseitig – kostenlos K309



Aufkleber

16 × 6,5 cm, für drinnen und draußen –
75 Cent K310

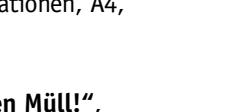
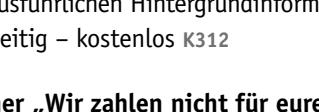


Infoblatt

mit ausführlichen Hintergrundinformationen, A4,
zweiseitig – kostenlos K312

Banner „Wir zahlen nicht für euren Müll!“

wetterfester Stoff, mit abgenähten Tunnels an beiden
Seiten zum Einsticken von Stäben und mit Ösen an den
Ecken zum Befestigen, 3 × 0,9 m – 20 Euro K314



■ ATOMMÜLL-EXPORTE STOPPEN

Materialien zu der Kampagne „Stoppt den Atommüll-Export aus Jülich! Keine Castortransporte in die USA!“

Postkarte

A6 – kostenlos K315



Klappkarte mit Infoflyer

A6, 4 Seiten – kostenlos K318

Spucki-Block

Leicht anfeuchten und Deinen Protest gut sichtbar
ins Stadtbild kleben. A7, Block mit 50 Blatt,
74 x 105 mm – kostenlos K317



Unterschriftenliste

A4 – kostenlos K316



Info-Papier

Fragen und ausführliche Antworten
zum geplanten Castor-Transport
in die USA

A4, 4 Seiten – kostenlos K330





IDEEN FÜR WEIHNACHTEN

Buch „Der Reaktor“



Ein unerschrockener Bericht aus dem Leben der Reinigungskräfte der Atomindustrie in Frankreich. Der Roman verursachte in Frankreich ein großes Medienecho und wurde mit dem Prix France Culture Télérama ausgezeichnet. Von Elisabeth Filhol. Gebunden, 128 Seiten – 16 Euro B021

Holzstempel „Atomkraft? Nein Danke“



Eignet sich super dazu, die Anti-Atom-Sonne nicht nur auf Weihnachtspost massenhaft zu verbreiten und so den Protest überall sichtbar zu machen. Rund, 4x4 cm, 8 Euro S016



Verschenke eine Spende an .ausgestrahlt

Originelles Geschenk: Statt Nutzloses zu schenken, erfreust du jemanden mit einer Spende an .ausgestrahlt. Geschenkkarte mit eingedrucktem Spendenbetrag und Platz für einen persönlichen Gruß von Dir

Geschenkkarte
Klappkarte A6 –
25 Euro F003

Geschenkkarte
Klappkarte A6 –
50 Euro F004

Geschenkkarte
Klappkarte A6 –
100 Euro F005



NEUE FÖRDER/INNEN WERBEN



Ein Faltblatt, welches Du prima an Bekannte und Verwandte weitergeben kannst, um auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, .ausgestrahlt zu fördern.



Faltblatt „ausgestrahlt braucht
Unterstützung“, DIN lang, kostenlos F008

Vor- und Nachname:

Straße und Hausnr.:

PLZ und Ort: _____

E-Mail:

Telefon für Rückfragen:

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Unterschrift
nicht vergessen

Datum, Unterschrift: _____

Atomkraft in Finnland

Neue AKW dank „Mankala“-Steuersubventionen

Gerade ein paar Wochen ist es her, dass die finnische Energiepolitik international für Schlagzeilen sorgte: Die Regierung in Helsinki segnete ein weiteres umstrittenes AKW-Neubauprojekt ab. In der Gemeinde Pyhäjoki auf der Halbinsel Hanhikivi direkt am Ufer des bottnischen Meerbusens soll der sechste finnische Atommeiler entstehen – ein russischer Druckwasserreaktor.

Alle vier schon laufenden Reaktoren sind zwischen 1977 und 1980 in Betrieb genommen worden. Zwei sind Siedewasserreaktoren schwedischer Konstruktion und stehen an der Ostseeküste auf der Halbinsel Olkiluoto im Südwesten Finlands. Bei den beiden anderen am Standort Loviisa an der Südküste handelt es sich um Druckwassereaktoren des sowjetischen Typs WWER-440, die mit Leittechnik von Siemens und einem Stahl-Containment von Westinghouse ausgestattet wurden, um westlichen Sicherheitsvorschriften zu genügen. Alle zusammen haben eine Gesamtleistung von 2.680 Megawatt und erzeugen rund 30 Prozent des finnischen Stroms. Die Betreibergesellschaften – die teilstaatlichen finnischen Energiekonzerne „Fortum“ für Loviisa und „Teollisuuden Voima“ (TVO) für Olkiluoto – gehen derzeit von einer Betriebsdauer von etwa 50 Jahren aus.

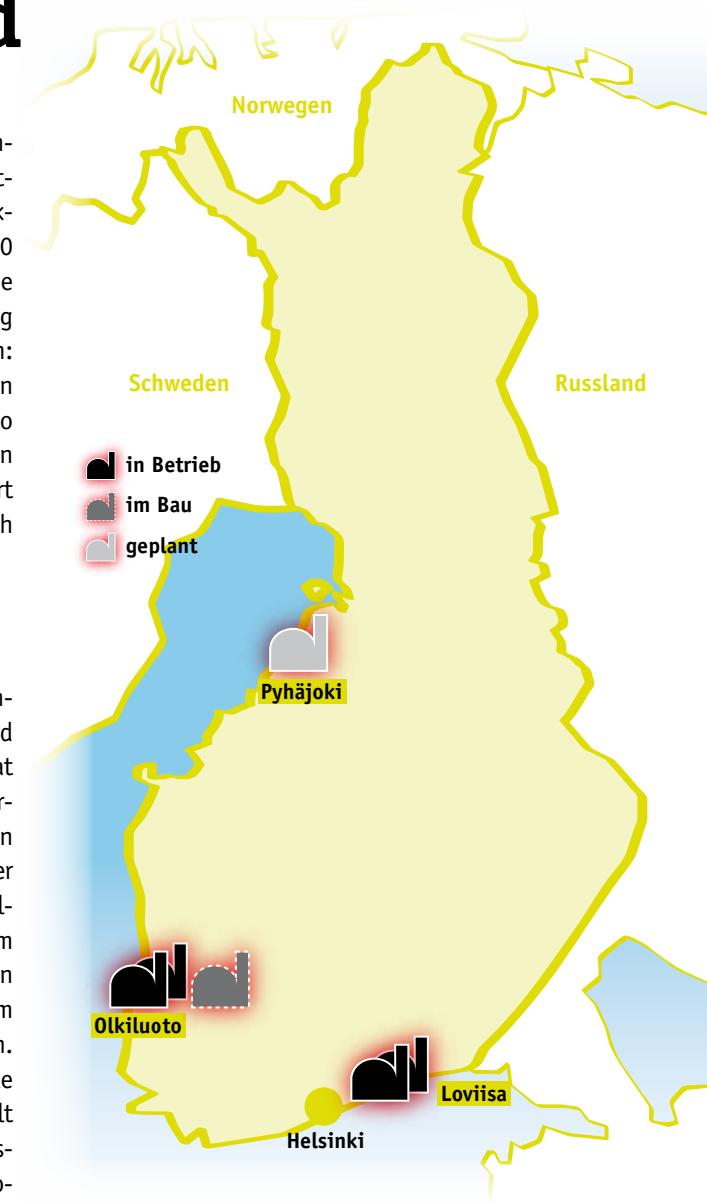
TVO ist auch Bauherr des fünften Reaktors, der seit 2005 am Standort Olkiluoto in Bau ist. Als dieser 2002 vom Parlament genehmigt wurde, waren das Klimaargument, eine vermeintlich drohende Stromlücke und der im Vergleich zu regenerativen Energien angeblich viel billigere Atomstrom in der Debatte entscheidend. Der Bauauftrag ging an Areva-Siemens, das einen „Europäischen Druckwasserreaktor“ (EPR) mit einer Leistung von 1.600 MW zum Festpreis von drei Milliarden Euro versprochen hatte. Tatsächlich wird der Reaktor nicht wie geplant 2009, sondern voraussichtlich erst 2016 fertig werden. Die Baukosten haben sich auf neun Milliarden Euro verdreifacht; TVO und das Baukonsortium streiten sich vor Gericht, wer dafür aufkommen muss.

Trotz dieser Negativerfahrungen stellte die Energiewirtschaft den Antrag, neue Reaktoren bauen zu können. 2010 erteilte die Regierung die grundsätzliche Genehmigung für zwei weitere Neubauten: Einen projektierten vierten Reaktor für TVO in Olkiluoto sowie den oben erwähnten Reaktor am neuen Standort Pyhäjoki, für den damals noch Eon federführend war.

Steuern sparen mit AKW-Bauten

Dass die Stromunternehmen glauben, in Finnland rechneten sich neue AKW, hat mit einem speziellen Steuersparmodell zu tun: Erwirbt ein Unternehmen Aktien an einer Strom produzierenden Gesellschaft, kann es einen seinem Aktienanteil entsprechenden Teil der Stromproduktion zum Selbstkostenpreis beziehen. Für diese verdeckte Dividende müssen keine Steuern gezahlt werden und Unternehmensgewinne, die in die Stromproduktion investiert werden, sind steuerfrei. „Mankala“ heißt dieses Modell und „Mankala spielt eine zentrale Rolle bei unseren Investitionsentscheidungen“, betont TVO-Vizedirektor Risto Siilos.

Sowohl hinter dem Neubau Olkiluoto-3 wie dem Pyhäjoki-Bauprojekt stehen als Investoren mehrere Dutzend stromintensive Industrieunternehmen sowie private und öffentliche Stromversorger. Eon bekam allerdings trotz „Mankala“ kalte Füße und stieg 2012 aus dem Pyhäjoki-Projekt wieder aus. Weder ein finnischer noch ein europäischer Stromkonzern fand sich, um die 34-Prozent-Beteiligung und das Betreiberrisiko zu übernehmen – nur der russische Staatskonzern Rosatom. „Ausgerechnet Rosatom, das noch nirgends bewiesen hat, dass seine Projekte westliche Sicherheitskriterien erfüllen“, kritisiert Sini Harkki von Greenpeace-Finnland,



das neben örtlichen NGOs die finnische Anti-Atom-Bewegung hauptsächlich organisiert. „Ein Argument der Atomlobby für einen neuen Reaktor war ursprünglich gewesen, dass Finlands Energieversorgung weniger abhängig von Russland werden sollte“, sagt Hanna Halmeenpää, Vorsitzende der Anti-AKW-Gruppe „Pro Hanhikivi“: „Nun wird diese Abhängigkeit sogar noch größer.“ So scheinen das auch zwei Drittel der FinnInnen zu sehen, die jedenfalls dieses Rosatom-Projekt ablehnen. Insgesamt hat es die finnische Anti-Atom-Bewegung aber schwerer: BefürworterInnen und GegnerInnen der Atomkraft halten sich ungefähr die Waage.

Reinhard Wolff

Mehr Infos:

www.ydinvoima.fi/ydinvoima-suomessa
(finnisch)

„Das Risiko wird tausendfach unterschätzt“

Ulrich Klein, 71, pensionierter Diplom-Ingenieur, kämpft mit der Interessengemeinschaft „Keine Deponie am Tharandter Wald“ gegen Strahlen-Schutt aus AKW und laxen Freigabegrenzwerte

In der Lehmgrube am Ortsrand wurden schon zu DDR-Zeiten Industrieabfälle und Müll verklappt. Nach der Wende hat eine Firma da eine Sondermülldeponie eröffnet. 2008 sollte diese um elf Fußballfelder erweitert werden, so kam's zu unserer Interessengemeinschaft. Nach 1.800 Einwendungen und siebentägiger Erörterung wurde der Erweiterungsantrag abgelehnt; 160.000 Kubikmeter Kapazität haben sie aber noch.

Im März diesen Jahres erfuhren wir durch Zufall, dass hier jetzt radioaktiver Bauschutt gelagert werden soll: Einer unserer Mitstreiter hat Bekannte in Stade, wo gerade das AKW abgerissen wird. Wir haben sofort nachgefragt bei der Deponie. Man habe bisher nur ein Angebot abgegeben, wiegelte die ab. Kurz darauf war der erste Vertrag mit Eon über 700 Tonnen unter Dach und Fach.

Das sächsische Umweltministerium betont, der Schutt sei „frei-gemessen“, die Strahlung liege unterhalb bestimmter Grenzwerte, da könnten wir also gar nichts dagegen haben. Haben wir aber doch. Wir haben uns nämlich kundig gemacht: Die Freimessgrenzen,



Foto: Jens Heinze

sagen Experten, sind viel zu hoch, das Risiko wird tausendfach unterschätzt. In Frankreich muss solcher Strahlschutt auf speziellen Deponien gesichert werden.

Eine Deponie wie die unsere hingegen wird gar nicht strahlenüberwacht. Das fängt schon bei der Annahme des Mülls an, da haben die in der Regel gar keine Instrumente, um das Material zu überprüfen. Und das, wo doch bekannt ist, wie viel kriminelle Energie es in diesem Bereich gibt! Auch die Sickerwässer werden nicht auf Radioaktivität überwacht.

Als die erste Fuhré aus Stade ankam, hat das Ministerium eine öffentliche Messung organisiert. Wir haben nicht teilgenommen, das ist ja nur Show. Dann haben sie noch eine Probe des Materials in Rossendorf untersuchen lassen: Alles ungefährlich angeblich, weil die zehn Mikrosievert nicht überschritten werden. Das Ministerium hat auch behauptet, es seien keine Arbeitsschutzmaßnahmen nötig beim Umgang mit dem Material. Auf anderen Wegen erfuhren wir, dass die Lkw-Fahrer den Müll aber wohl nur eine bestimmte Zeit in ihrem Rücken haben dürfen ...

In Niedersachsen sind die Deponien in öffentlicher Hand – keine will diesen Atommüll mehr annehmen. Hier aber ist der Betreiber eine private Firma ... Wir haben eine Demo organisiert, Flyer und Plakate gedruckt und verteilt und die Presse informiert. 1.500 Leute kamen, wir waren selbst überrascht. Aber viele fragen sich natürlich: Wenn das Zeugs so ungefährlich ist, warum muss man es dann 500 Kilometer quer durch die Republik karren?

In unseren Augen ist das ein gesamtdeutsches Problem: Zwei Dutzend AKW warten noch auf ihren Abriss. Wir wollen nicht, dass der Schutt einfach woanders landet. Sondern dass mit diesem Atommüll anders umgegangen wird.

250 Tonnen sind inzwischen da. Der Betreiber hat zugesagt, über die zugesagten 700 Tonnen hinaus nichts mehr anzunehmen, der Umweltminister will das Thema mit seinen Kollegen besprechen. Wir aber fordern, die Transporte sofort zu stoppen. Ende September haben wir dem Betreiber 3.000 Unterschriften übergeben, mit Pauken und Trompeten, es gibt ja einige Blaskapellen hier. Die Petition läuft weiter, im Internet und mit Listen in den Dörfern. Und wir treffen uns jede Woche – Ideen haben wir genug. www.deponie-grumbach.de

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigeckt und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

„Vom Tisch ist das noch nicht“

Ruth Geiger, 49, Naturpädagogin, streitet mit dem Energiernetzwerk Passau für Ökostrom-Stadtwerke und lädt Cree-Indianer aus Kanada ein, um über die Folgen des Uranabbaus zu informieren

„Mut zum Unmut“ haben wir uns genannt: sieben Leute aus Passau, die eines Morgens in Elmshorn aus dem Sonderzug stiegen – 2010, bei der großen Menschenkette von Brunsbüttel nach Krümmel. Wir beschlossen, auch zu Hause aktiv zu werden. Ein knappes Jahr später organisierten wir selber eine Menschenkette, in Passau. 1.200 Leute kamen – dabei war das bloß als Mobilisierung für die große Anti-Atom-Kette von Neckarwestheim nach Stuttgart gedacht!

Als „Energiernetzwerk Passau“, wie wir inzwischen heißen, war eines unserer ersten Ziele, die Stadtwerke zum Verzicht auf Atomstrom zu bringen. Wir haben so viele Unterschriften zu einem Bürgerantrag gesammelt, dass sich der Stadtrat damit beschäftigen musste. Der hat dann die Stadtwerke beauftragt, sich darum zu kümmern, dass das ab 2017 ohne Atomstrom vonstatten geht; das hat hohe Wellen geschlagen. Aber die zieren sich immer noch. Letzter Stand ist, dass sie nur Haushalts- und Kleingewerbekunden mit Ökostrom beliefern wollen. Immerhin: Wir werden mittlerweile ernst genommen, auch wenn wir nur ein paar Leute sind.

Jeder von uns bringt sich ein, wie er gerade Zeit hat. Jeden Monat veranstalten wir einen „Energiestammtisch“ mit



unterschiedlichen Referenten, Ende November etwa mit Jochen Stay zum Thema Atommüll. Saldenburg, nicht weit von hier, war auch schon als Endlager im Gespräch, wegen des Granits dort. Plötzlich waren da 2.000 Leute auf der Straße, von jung bis alt. Vom Tisch ist das aber noch nicht.

Wir haben die „ausgestrahlt-Fotoausstellung „Was wäre, wenn ...“ nach Bayern geholt; seither tourt sie hier. Und aktuell haben wir das Uranium Film Festival zu Gast: Passau ist die vierte Station nach Quebec, Rio de Janeiro und Berlin. Neben Regisseuren kommen auch zwei Vertreter der Cree-Indianer, auf deren Gebiet der Uranabbau ausgeweitet werden soll, zu Vorträgen und Diskussionen.

Ich selbst laufe seit den 1980ern mit „Atomkraft? Nein Danke“-Buttons rum, war immer wieder gegen die WAA in Wackersdorf dabei, eine ganz besondere Erfahrung. 2011, beim Castor im Wendland, das hat mich an die WAA-Zeiten erinnert: Die ganze Stadt auf den Beinen! Ein gepflegter, gut situerter älterer Herr etwa, der hat Wagenheber im Wald versteckt, um das Gleis aufzuhebeln. Das macht Mut!

www.passauwexelt.de

„Wollen uns nicht nachsagen lassen, wir seien käuflich“

Ute Geyer, 48, Technikbetreuerin, lehnt Atommüll in Schacht Konrad ab – und die 100.000 Euro Atom-Geld, die hätten helfen können, den Rasen des FC Germania Bleckenstedt trockenzulegen

Wenn es regnet, steht unser Fußballplatz unter Wasser. 80 Zentimeter müsste er aufgeschüttet werden, um das zu ändern – 250.000 Euro laut Kostenvorschlag. 2010 haben wir vom Konrad-Fonds erfahren, der hier in der Region Geld verteilt, quasi als „Entschädigung“ für den Ausbau der Eisenerzgrube „Schacht Konrad“ zum Atommülllager. Auch wir haben einen Antrag gestellt. War vielleicht etwas blauäugig. Aber wir dachten, da können wir den Platz schön machen.

Zunächst kam eine Absage – zu viele Anträge. Vor ein paar Monaten dann die Zusage: 100.000 Euro. Stand natürlich auch in der Zeitung. Ein paar Tage später war bei uns „Sportwoche“, wie jedes Jahr: Ein kleines Turnier mit den Mannschaften der Umgebung, das ganze Dorf ist dann da. Und alle fragten, was da los sei. Denn wir wollen ja den Mist hier nicht rein haben. Von unserem Platz bis zum Schacht ist es gerade mal einen Kilometer. Bei den großen Lichterketten gegen das Atommülllager machen wir immer mit. Einmal im Jahr haben wir sogar ‘ne Demo auf unserem Platz. Unsere Feste feiern wir in der Scheune des Bauern, der seit Jahrzehnten gegen das Atomprojekt klagt.



Das ist also schon ein Thema hier. In der Großstadt wäre das vermutlich scheißegal. Aber unser Fußballverein ist der soziale Mittelpunkt des Dorfes. Wir haben ja keine Gaststätte mehr, das passiert alles in unserem Clubraum. Ich bin wie mein Mann im Vereinsvorstand, kümmere mich um Pässe, rote Karten, Spieler und Spielergebnisse. Uns ist klar geworden: Wenn wir das Geld nehmen, bricht das Dorf auseinander. Das ist uns die Sache nicht wert. Und wir wollen uns nicht nachsagen lassen, wir seien käuflich. Also haben wir uns hingesetzt und einen Brief aufgesetzt an den Fonds, dass wir den Antrag zurückziehen. Die Entscheidung fiel einstimmig.

Wir haben viel positives Feedback dafür bekommen, viel Respekt – viele andere Vereine hier in der Region haben ja Geld genommen. Es gab natürlich auch Stimmen, die gesagt haben: „Wie könnt ihr das ausschlagen?“ Aber Geld ist nicht alles! Keiner hier will den Müll haben. Mich selbst betrifft das ja vermutlich nicht mehr wirklich, aber unsere Kinder und Kindeskinder. Da braucht nur einmal was passieren wie in der Asse. www.fc-germania-bleckenstedt.de

Wenn Du umziehst, sende uns Deine neue Adresse! Der Rundbrief wird trotz Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt.

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestraht.de
www.ausgestraht.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Armin Simon, Carolin Franta, Helge Bauer, Julia Schumacher, Pauline Geyer, Reinhard Wolff, Silke Freitag, Ute Bruckart | Layout: www.holgermueller.de
Druck: Vettters, Radeburg. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 52.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay

Neues von .ausgestrahlt

Kommen und Gehen im .ausgestrahlt-Büro

Helge Bauer, Jahrgang 1974, hat Sozialpädagogik studiert und sich viele Jahre um die politische Bildung von Jugendlichen gekümmert. Er ist Mitgründer des „Aktionsbündnis Gerechter Welthandel“ und saß von 2011 bis 2013 im bundesweiten Koordinierungskreis von attac. Seine Kenntnisse beim Bau von Großpuppen stellte er auch bei Anti-Atom-Protesten mehrfach unter Beweis. Zuletzt koordinierte er das Bündnis „Energiewende retten!“; seit August 2014 verstärkt er das Kampagnenteam von .ausgestrahlt.



Julia Schumacher, Jahrgang 1972, Mutter von zwei Kindern, verfasste bereits in der Schulzeit umweltpolitische Artikel und wurde während ihres Studiums der angewandten Kulturwissenschaften anti-atom-aktiv in Gorleben. Als Redakteurin und Texterin schrieb sie unter anderem für Lokalzeitungen, Stadtmagazine, Fachpublikationen, PR- und Werbeagenturen. Seit September unterstützt sie in Teilzeit das .ausgestrahlt-Team als Redakteurin.



Miriam Tornieporth, Jahrgang 1979, hat Umweltwissenschaften studiert und lebt mit ihrer Familie in Hamburg. Erste Anti-Atom-Erfahrungen sammelte sie beim Schule schwänzen – die Anti-Castor-Demo in Lüneburg war ihr wichtiger. Zuletzt arbeitete sie freiberuflich im Bereich Web-development. Seit September kümmert sie sich in Teilzeit bei .ausgestrahlt mit um den Shop und die Büroorganisation.



Fotos: Bente Stachowske

Tobias Darge hat .ausgestrahlt Ende August verlassen und kümmert sich nun als Energierreferent bei Robin Wood ums Thema Atom.

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab Februar 2015 wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestraht.de/praktikum

Stefan Diefenbach-Trommer arbeitet seit Mitte Oktober nicht mehr im .ausgestrahlt-Büro (siehe Seite 10), bleibt aber ehrenamtlich im .ausgestrahlt-Team.

Wer macht .ausgestrahlt?

Viele Gruppen und Einzelpersonen nutzen die Angebote von .ausgestrahlt und machen mit. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt eine 21-köpfige Gruppe von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen.

www.ausgestraht.de/ueberuns

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestraht.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter abonnieren.



- Brennender Atomfrachter trieb in Nordsee
- Beteiligung braucht Betroffenheit: 2. Sitzung der AG Öffentlichkeitsbeteiligung der Atommüll-Kommission
- 2. Rechtsgutachten: Export von AVR-Müll in die USA illegal
- Studie zum Freimessen von radioaktivem Müll



- Schon wieder: Störfall im AKW Cattenom



- Protest gegen japanische Atomexporte

Mehr lesen: www.blogs.ausgestraht.de



Warum wir „Du“ schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Unterstützung für Anti-Atom-Initiativen

Ob zur Aktionsplanung oder für Gruppenprozesse: .ausgestrahlt vermittelt eurer Gruppe erfahrene TrainerInnen und ModeratorInnen. Willst Du eine neue Gruppe gründen, bieten wir Dir an, per E-Mail an Adressen in der Region eine Einladung zu verschicken.